

Gebäudemodernisierungsgesetz – Wärmewende konsequent vorantreiben, Energiesouveränität stärken

Der Konflikt im Nahen Osten und die daraus resultierende Energiepreiskrise machen besonders deutlich, wie abhängig Deutschland von Öl- und Gasimporten ist. Doch viele Menschen in Deutschland wollen sich bereits heute für Wärmepumpen, PV-Anlagen, Elektroautos und weitere Maßnahmen zur Verringerung der fossilen Energieabhängigkeiten entscheiden. Diese Haltung gilt es zu nutzen und endlich verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen zu schaffen. Das stärkt nicht zuletzt auch die Industrie, den Handel und das Handwerk in Deutschland. Für eine zukunftssichere Wärmeversorgung im Gebäude sind ein ambitioniertes Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG), die vollständige und fristgerechte nationale Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie (EPBD) und die Fortsetzung der Heizungsförderung (BEG) und Entlastung bei den Strompreisen entscheidend.

Die unterzeichnenden Verbände fordern deswegen folgende Maßnahmen:

- **Planbarkeit durch praxisorientierte Umsetzung wieder herstellen.** Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Der in den Eckpunkten beschriebene technologieoffene Katalog muss praxisorientiert implementierbar sein.
- **Unsicherheit in der Infrastrukturplanung aufheben.** In vielen Netzgebieten ist absehbar, dass dort in Zukunft kein Biomethan zum Einsatz kommen wird. Die Vorgabe der Biotreppe erweckt die falsche Erwartung über eine flächendeckende Bereitstellung klimaneutraler Energieträger in den Gasnetzen. Es sollte keine teure Aufrechterhaltung der gesamten Gasinfrastruktur durch Biomethan in Aussicht gestellt werden.
- **Die schnelle und umfassende Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie (EPBD).** Weitere Verhandlungen über die EPBD 2024 auf europäischer Ebene und Verzögerungen der Umsetzung in nationales Recht gefährden Neubau- und Sanierungsraten und bremsen notwendige Investitionen.
- **Ein stabiler und verlässlicher Förderrahmen ist von hoher Bedeutung für Hauseigentümer.** Er gibt Orientierung. Daher muss die bestehende Fördersystematik aktuell und auch über 2029 hinaus grundlegend erhalten bleiben und sollte erst langfristig degressiv gestaltet werden. Sie ist zentral für die Sozialverträglichkeit der Energiewende.
- **Die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß.** Um zukunftssichere Technologien nicht weiter zu benachteiligen und eine bezahlbare, verlässliche Wärmewende für alle zu ermöglichen.
- **Die planmäßige Ausweitung des europäischen Emissionshandels auf den Gebäudesektor.** Eine wirksame CO₂-Bepreisung setzt klare Anreize für den Einsatz erneuerbarer Energien und elektrischer Lösungen und dient der Gegenfinanzierung energetischer Förderprogramme.

Kontaktdaten der Verbände

BNE Bundesverband Neue Energiewirtschaft e.V.

Carsten Pfeiffer (Leiter Strategie und Politik), Tel.: +49 30 4005480, carsten.pfeiffer@bne-online.de

BVG Bundesverband Geothermie e.V.

Gregor Dilger (Geschäftsführer), Tel.: +49 30 200954958, gregor.dilger@geothermie.de

BWP Bundesverband Wärmepumpe e.V.

Dr. Martin Sabel (Geschäftsführer), +49 30 208 799 711, sabel@waermepumpe.de

TGA-Repräsentanz Berlin GbR

Frank Ernst (Geschäftsführer), Tel. +49 30 6088870, info@tga-repraesentanz.de

VEG Bundesverband des Elektro Großhandels e.V.

RA Darius Kremer (Geschäftsführer), +49 228 227770, kremer@veg.de

ZVEH Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke

Alexander Neuhäuser (Hauptgeschäftsführer), Tel.: +49 69 247747 20, a.neuhaeuser@zveh.de

ZVEI Verband der Elektro- und Digitalindustrie e.V.

Wolfgang Weber (Geschäftsführer), Tel.: +49 69 6302 211, wolfgang.weber@zvei.org

Datum: 29.04.2026